

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P XXVI, 26

8. Februar 1971

Die EWG kommt in schwieriges Fahrwasser

Vor der entscheidenden Phase der Beitritts-
verhandlungen

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Rationelle Rüstungsplanung

Auf die modernen Erfordernisse zugeschnitten

Von Klaus Richter SPD-MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Bundestages

Seite 3 und 4 / 66 Zeilen

Zwangssterilisierte suchen ihr Recht

Unrecht muß in Ordnung gebracht werden

Von Hugo Brandt SPD-MdB
Mitglied des Petitionsausschusses des
Bundestages

Seite 5 / 48 Zeilen

Kein Ansatz einer Alternative

Zur Plenardebatte über den Verteidigungs-
haushalt

Von Werner Buchstaller MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheits-
fragen der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied
des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 6 und 7 / 83 Zeilen

Mitgestalter des modernen Italien

Zum 90. Geburtstag von Pietro Nenni

Seite 8 / 47 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 3153
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37-38
Telex: 895 846/895 847/
895 848 RPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die EWG kommt in schwieriges Fahrwasser

Vor der entscheidenden Phase der Beitrittsverhandlungen

Von Dr. Hans Apol MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die EWG durchläuft in diesen Jahren eine schwierige Phase ihrer Entwicklung. Sie ist in der Bewältigung ihrer, ihr durch die Verträge gestellten Integrationsziele im ökonomischen Bereich recht gut vorangekommen. Die Vorteile aus dieser Integration sind für alle Mitgliedsländer unübersehbar und nehmen weiter zu. Die Probleme sind aber auch unübersehbar. Sie sind fühlbar im Innern der Gemeinschaft. Sie werden aber auch zunehmend unübersehbarer in den Beziehungen der Gemeinschaft zu Dritten.

Oft sind unsere innenpolitischen EWG-Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten nahtlos verschränkt mit den außenpolitischen Schwierigkeiten der Gemeinschaft. Die berechtigten Klagen unserer Landwirte über den Rückgang ihrer Produktionserlöse sind untrennbar verbunden mit der aktuellen Brüsseler Agrarpolitik. Sie wiederum ist unübersehbarer Stein des Anstoßes in den Beziehungen der EWG zu vielen Agrarexportländern und nicht nur den USA. Wir haben aus gegenseitiger Rücksichtnahme immer neue Länder, insbesondere in Afrika und im Mittelmeerraum an die EWG assoziiert. Die "Draußengebliebenen", die Länder ohne Zollvorteile, fühlen sich zu Recht oder zu Unrecht benachteiligt. Unsere westlichen Verbündeten außerhalb der EWG wünschen eine einheitliche Politik gegenüber den Entwicklungsländern.

Wir stehen vor der entscheidenden Phase der Beitrittsverhandlungen der Gemeinschaft mit einer Reihe westeuropäischer Nachbarn. Dabei stehen unsere innenpolitischen Probleme der EWG im Vordergrund der Debatte: Die Agrarpolitik und ihre Finanzierung, die notwendigen Schritte zur Währungs- und Wirtschaftsunion, Wettbewerbsprobleme, die Dauer der Übergangszeit. Sie haben aber jede für sich auch massive außenpolitische Konsequenzen. Die Assoziierungsfrage mediterraner und überseeischer Länder ist

mehr als nur eine Frage der Wohlfahrt durch die EWG. Sie hat weltweite außenpolitische Konsequenzen.

Die EWG muß wissen, daß sie es sich, insbesondere nach einer etwaigen geographischen Erweiterung, nicht mehr länger leisten kann, die Lösung ihrer innenpolitischen Probleme ohne ausreichende Berücksichtigung der weltpolitischen Konsequenzen zu suchen. Die Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten Nixon warnen bereits vor einer erweiterten EWG, die die Wirtschaftspolitik des Europas der Sechser fortsetzen würde. Die Mills-Bill zur Einführung von Handelsbarrieren zum Schutz des US-Marktes vor störenden Importen liegt erneut in den parlamentarischen Gremien der Vereinigten Staaten. Wir wissen, daß der Standpunkt der US-Politiker vor allem ihre Interessen vertritt. Dennoch ist es unübersehbar, daß unsere EWG in schwieriges Fahrwasser kommt. Sie kann sich auf Dauer ihre introvertierte Fixierung auf die heimischen Probleme nicht leisten. Sie muß auch außenpolitisch flügge werden und dadurch auch ihre innenpolitischen Lösungswege für ökonomische Probleme aufgrund weltweiter Auswirkungen neu überdenken.

Ende 1972 läuft die Frist ab, die den EWG-Ländern noch die Souveränität im Osthandel beläßt. Dann sollte es möglich sein, eine aktive gemeinsame Außenhandelspolitik zu erreichen als Teil einer gemeinsamen Außenpolitik, die zweierlei erreicht: Allen unseren Handelspartnern die Realität der EWG zu zeigen und ihre Sorgen ernst zu nehmen und mit unseren berechtigten Forderungen in Übereinstimmung zu bringen.

[Fax/8.2.1971]ogy.

+ + +

Rationelle Rüstungsplanung

Auf die modernen Erfordernisse zugeschnitten

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Der Staatssekretär Dr. Ernst Wolf Mommsen im Bundesministerium der Verteidigung hat dem zuständigen Arbeitskreis der SPD-Bundestagsfraktion einen Bericht über das Gutachten gegeben, mit dem eine Neuordnung des Rüstungsbereichs eingeleitet werden soll.

Dieses Gutachten ist von einer vom Bundesverteidigungsminister eingesetzten Kommission nach fünfmonatiger Klausurarbeit vorgelegt worden. Das im Verteidigungsweißbuch gesetzte Ziel der Arbeit war, für die Mitte der 50er Jahre konzipierte Rüstungsorganisation, die von damals 2.000 auf heute rd. 20.000 Menschen angewachsen ist, ein rationelles Management zu entwickeln. Zugleich war vorgesehen, daß der Soldat, dem die Verantwortung für den Betrieb und die Erhaltung seiner Kampfmittel übertragen ist, an den grundlegenden Entscheidungen zur Entwicklung und Beschaffung dieses Mehrmaterials voll mitwirken kann.

Die Kommission, der Fachleute des Ressorts vor allem für Technik, Wirtschaft, militärische Fragen und Organisation angehörten, hat eine Fülle von Erkenntnissen verarbeitet, die sowohl im Inland als auch im Ausland, vor allem aber auch in ständigem engen Kontakt mit der deutschen Wirtschaft gewonnen wurden.

Aus dem Vorschlag der Kommission trug der Staatssekretär folgende Hauptelemente vor:

1. Auch im Rüstungsbereich werden die ministeriellen Aufgaben auf Planung, Lenkung und Kontrolle zurückgeschnitten. Die Rüstungsplanung ist als integrierendes Element der Bundeswehrplanung anzusehen. Dadurch wird zwischen den Einzelprojekten und dem militärstrategischen Konzept die notwendige Brücke geschlagen.

2. Die Verantwortung des sog. Durchführungsbereiches (Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und nachgeordnete Dienststellen) wird durch Delegation vergrößert, die nicht wiederum durch zu engherzige Ausübung der Fachaufsicht faktisch eingeschränkt werden darf. Entwicklung und Beschaffung werden in Programmen, die im engen Zusammenspiel zwischen Ministerium und Durchführungsbereich

entstehen und bisherige Einzelentscheidungen (Entwicklungsanweisung und Beschaffungsanweisung) ersetzen, zusammengefaßt. Damit sind ausreichende Möglichkeiten geschaffen, nach Priorität sowie Dringlichkeit der einzelnen Vorhaben zu entscheiden und unrationelle Parallelvorgänge abzustellen. Entsprechendes gilt im Ministerium für die Forschungsprogramme.

3. Die Entstehung von Waffensystemen und komplexen Projekten bestimmt ein nach logisch aufeinander bezogenen Phasen und nicht nach statischen Zuständigkeitsregeln geordneter Verfahrensablauf. Die Verantwortung des Durchführungsbereiches für die Realisierbarkeitsuntersuchungen beginnt dabei schon in einer frühen Planungsphase. Dieses Verfahren und ein auf die immer komplexer werdenden Projekte und Systeme abgestelltes Management-Modell verbinden den militärischen Bedarfsträger mit dem bedarfsdeckenden Bereich sowie den ministeriellen mit dem Durchführungsbereich zu einem funktionellen Ganzen. Dabei wird die Gemeinsamkeit zwischen Rüstungsbereich und militärischen Bedarfsträger vor allem durch gemeinsam zu treffende Phasenentscheidungen betont.

Die Organisation der Rüstung im Ministerium und im Durchführungsbereich wird konsequent auf eine system- bzw. projektorientierte Matrix-Organisation - aus einer der entscheidenden Voraussetzungen für dieses Management-Modell - umgestellt.

4. Technik und Beschaffung werden im Ministerium so zusammengefaßt, daß sich wirtschaftlicher und technischer Sachverstand in allen Phasen ergänzen.

5. Die Spitze des ministeriellen Rüstungsbereichs wird als Team so gestaltet, daß sie die auf dieser Ebene erforderlichen Entscheidungen auch tatsächlich treffen kann. Gleiches gilt für die Umgestaltung des Spitzen-Managements im Durchführungsbereich.

Über die Neuordnung des Rüstungsbereichs wird die Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung erst entscheiden, nachdem der Vorschlag der Kommission mit allen Verantwortlichen des Hauses eingehend beraten worden ist. Das wird in den nächsten Tagen geschehen.

(-/ex/8.2.1971/ks)

Zwangssterilisierte suchen ihr Recht

Unrecht muß in Ordnung gebracht werden

Von Hugo Brandt SPD-MdP

Mitglied des Petitionsausschusses des Bundestages

Wahrscheinlich erinnert sich niemand mehr an das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" das es einmal gegeben hat. Es hörte sich so harmlos an: Dahinter steckte indessen die brutale Zwangssterilisation von Menschen, die keineswegs erbkrank waren, sondern den Nationalsozialisten einfach nicht gepaßt haben. Es ist ein Skandal, daß die sogenannte "herrschende Meinung" (wer ist das nur?) in der Bundesrepublik dieses Gesetz als nicht typisch nationalsozialistisches Unrecht ansieht.

Zwei Argumente werden immer wieder benutzt:

1.) Es gab ja schon einen preußischen "Schubladenerentwurf", längere ehe die Verderber Deutschlands an die Macht kamen, und dieser Entwurf wäre auch ohne sie Gesetz geworden. Das ist richtig.

Mur wird dabei verschwiegen, daß der preußische Entwurf keine Zwangssterilisation vorsah, sondern nur eine freiwillige. Und das ist doch wohl ein qualitativer Unterschied.

2.) Es gab und gibt in anderen Staaten Gesetze, die eine zwangsweise Sterilisation vorsehen. Auch das stimmt.

Nur werden diese Gesetze vor ordentlichen Gerichten verhandelt und nicht vor Sondergerichten, bei denen nur Richter und Beisitzer verwendet werden durften, die in der nationalsozialistischen Lehre gut zu Hause waren. Außerdem ist die Zahl der Zwangssterilisationen in allen Staaten, in denen es eine solche Möglichkeit (teilweise schon sein Anfang des Jahrhunderts) gibt, auf wenige Tausend beschränkt. Innerhalb von noch nicht einmal zehn Jahren wurden nach dem Nazi-Erugesundheitsgesetz mindestens 250.000 Menschen sterilisiert. Sollte man nicht auch hier auf den Gedanken kommen, daß es sich hier um zwei verschiedene Qualitäten von Gesetzen handelt?

Die rigorose Handhabung des Gesetzes hat selbst nach den Maßstäben der nationalsozialistischen Erbgesundheitslehre zu Fehlurteilen geführt. Insbesondere wurden viele Menschen wegen angeblich erblichen Schwachsinn, erblicher Schizophrenie, erblicher Epilepsie zur Unfruchtbarmachung verurteilt, bei denen keine dieser Krankheiten vorgelegen hat.

Das mindeste, was heute erreicht werden muß, ist eine Entschädigung für alle die Leute, bei denen eine Erbkrankheit nach dem heutigen Stand der Wissenschaft überhaupt nicht vorgelegen hat. Dabei ist die Höhe der Entschädigung von minderer Bedeutung. Hier kommt es darauf an, daß anerkannt wird, daß Unrecht geschehen sei.

Bitte, jeder stelle sich vor, er werde auf einen Operationsplatz geschwallt, oft noch im Beisein von Kriminalbeamten, werde seiner Zeugungsfähigkeit beraubt und weiß, daß er nie Kinder haben wird. Wenn man weiß, daß weder Schwachsinn noch Epilepsie noch Schizophrenie vorliegt und wendet sich an den Deutschen Bundestag mit der Bitte um Entschädigung für erlittenes Unrecht oder wenigstens um die Anerkennung, daß Unrecht geschehen ist. - Und dann erfährt man, daß alles so in Ordnung ist. Nada, nichts ist in Ordnung, das muß noch in Ordnung gebracht werden! Das sind wir uns und den unschuldigen Opfern schuldig.

Kein Ansatz einer Alternative

Zur Plenardebatte über den Verteidigungshaushalt

Von Werner Buchstaller MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheitsfragen der
SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des
Verteidigungsausschusses des Bundestages

Auch in der Debatte zum Verteidigungshaushalt blieb die Opposition ohne einen Ansatz von Alternative zur Verteidigungskonzeption von Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, der CSU-Abgeordnete Dr. Zimmermann, glaubte sich gegen die scharfe Reaktion von Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt auf die Ausführungen des Oppositionssprechers Dr. Egon Klepsch verhalten zu müssen. Daß diese Schärfe durch eine Reihe unqualifizierter Auslassungen in der Debatte und in der Öffentlichkeit ausgelöst wurde, verschwieg Zimmermann.

In der Tat war es zwingend notwendig, daß Verteidigungsminister Helmut Schmidt klare Stellung bezog angesichts der penetranten Versuche, zwischen Verteidigungsminister und Soldaten eine Kluft aufzureißen. Ein ebenso deutliches Wort mußte gesprochen werden zur Unterstellung der Politisierung der Bundeswehr und einer parteipolitischen Personalpolitik. Und auch die unqualifizierte Darstellung, daß die Umschichtung der Mittel im Verteidigungshaushalt vom Rüstungssektor auf den Fürsorge- und Personalbereich eine Verminderung der Kampfkraft der Bundeswehr bedeute, konnte nicht unwidersprochen bleiben. Regierungskoalition und Verteidigungsminister setzen sich jederzeit und gerne mit sachlicher Kritik und klaren Alternativen auseinander. Unterstellungen und persönliche Ehrenabschneidung haben aber mit Kritik nichts gemein. Auch die Methode, mit zweierlei Zungen zu sprechen, kann nicht als sachlicher Beitrag gewertet werden.

Hier einige Beispiele in der Auseinandersetzung um aktuelle Punkte der Verteidigungspolitik:

1. Das Kantinewesen

Zum leidigen Problem des Kantinewesens, das vor allen Dingen die Wehrpflichtigen seit Jahren bedrückt, erklärte am 1. Juli 1969 der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Adorno (CDU): "Soweit durch die angestrebte Änderung des Kantinewesens allgemeine politische Probleme berührt werden, sollte nicht überbücksichtigt bleiben, daß die Soldaten mit dem Pächtersystem und seinen strukturellen Auswirkungen immer unzufrieden sein werden. Sie süßlen

sich bei den natürlichen, zwangsläufigen und nicht zu übersehen-
den Gewinnstreben der Pächter durch sie nicht richtig betreut."

Im Gegensatz dazu warf die CDU/CSU-Fraktion ein Jahr spä-
ter Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt bei der Vorlage
des Kantinenkonzepts vor, er würde einen staatlichen Regiebet-
rieb etablieren wollen und forderte "die Schaffung einer Trä-
gengesellschaft auf privatwirtschaftlicher Grundlage, an der
die Kantinenpächter angemessen zu beteiligen sind".

2. Die Dauer der Wehrpflichtzeit

In einer Presseerklärung nahm die CDU/CSU-Fraktion am 4. De-
zember 1969 zur Frage der Dauer der Wehrpflichtzeit wie folgt
Stellung: "Die Ankündigung des deutschen Verteidigungsministers
vor seinen Kollegen in Brüssel, daß er um der Wehrgerechtigkeit
willen eine Kürzung der Dienstzeit erwäge, wird von der CDU/CSU-
Fraktion begrüßt."

Ein Jahr später schrieb der Sprecher der Oppositions-Fraktion
in Verteidigungsfragen in dem Artikel "Bundeswehr auf dem Weg
zur Schweizergarde": "Hinreichende konventionelle, d.h. präsen-
te Streitkräfte, werden zwar gefordert, die laut Weißbuch be-
schlossenen oder erwogenen Maßnahmen, z.B. die Reduzierung der
Wehrpflicht auf 15 Monate, sind aber das Gegenteil zu bewirken,
geeignet."

3. Ausbildungs- und Bildungskonzept

Am 19. Januar 1971 forderte der Oppositionssprecher eine
sofortige, gründliche Behandlung des Rahmkonzepts für die
Bildung und Ausbildung der Bundeswehr und verband damit ehren-
würdige Vorwürfe gegen den Vorsitzenden der Bildungskommission.
Als dann das Thema am 21. Januar im Verteidigungsausschuß be-
handelt werden sollte, lehnte die CDU/CSU eine Erörterung mit
dem Hinweis ab, sie habe sich nicht genug mit der Materie be-
fassen können.

4. Die Rüstung

In der Plenardebatte selbst griff Dr. Klepoch die Ansätze
für Rüstungsausgaben im Haushalt 1971 an und erklärte sie sum-
marisch als zu gering veranschlagt. Auf die Zwischenfrage, ob
er bereit sei, das Plenum konkret davon zu unterrichten, welche
Anträge und in welchen konkreten Zahlen nach Auffassung der Op-
position die Ansätze erhöht werden sollten, sagte er zu, im Ver-
lauf seiner Rede darauf zurückzukommen. Er zog das Schweigen vor.
Auch sein Kollege Dr. Zimmermann fand sich zu keiner konkreten
Aussage bereit.

Wer bei dieser Sachlage der Regierungskoalition und Vertei-
digungsminister Helmut Schmidt Unzuverlässigkeit und Unglaub-
würdigkeit unterstellt, ist selbst unglaubwürdig. Eine Opposi-
tion, die sich nur in Polemik und Negation erschöpft, kann dar-
über hinaus wohl schlecht erwarten, in der Auseinandersetzung
mit Sachthandlungen behandelt zu werden. - ex/8.2.1971/bgy

Mitgestalter des modernen Italien

Zum 80. Geburtstag von Pietro Nenni

Am 9. Februar 1971 jährt sich zum achtzigsten Male der Geburtstag Pietro Nennis, des "großen alten Mannes" des italienischen Sozialismus. Die italienische, aber auch die europäische Politik kennt ihn als einen markanten Politiker, dessen politisches Werk, obwohl nicht in jeder Phase seines Lebens unbestritten, wesentlich dazu beigetragen hat, die politische Landschaft seines Landes zu gestalten. Der heute Achtzigjährige begann seinen politischen Lebensweg als Mitglied der Republikanischen Partei Italiens vor dem I. Weltkrieg. Vor dem Marsch der Faschisten auf Rom im Jahre 1920 schloß er sich den italienischen Sozialisten an und wurde 1923 Chefredakteur des zentralen Parteiorgans "Avanti!". Der faschistische Diktator Mussolini, der einst selbst Chefredakteur des "Avanti" war, zwang durch seine Verfolgungspolitik Pietro Nenni ins Exil. Während des spanischen Bürgerkrieges nahm Pietro Nenni aktiv an Seiten der republikanischen Regierung an den Kämpfen teil und mußte nach der Sieg Francos nach Frankreich flüchten. Nach der Niederlage Frankreichs 1940 wurde er in ein Konzentrationslager eingeliefert.

Obwohl Pietro Nenni wegen der Zustimmung seiner Partei zum Stalin-Hitler-Pakt die Exilierung der italienischen Sozialisten verließ und die Kommunisten wegen deren Einstellung in der gleichen Frage heftig attackierte, glaubte er nach dem Wiederaufbau der sozialistischen Partei Italiens, beeindruckt von der Volksfrontkonzeption des französischen Ministerpräsidenten Leon Blum an die Möglichkeit einer parlamentarischen Zusammenarbeit mit der KP in Italien. Seine politische Einschätzung führte zum Bruch der eigenen Partei und zur Bildung der sozialistisch-demokratischen Partei Italiens unter Führung des heutigen italienischen Staatspräsidenten Saragat. Selbst seine Gegner bestätigen immer wieder, daß Pietro Nenni, auch in den Zeiten des Bündnisses mit den Kommunisten, sich die innere Unabhängigkeit bewahrt hielt.

Pietro Nenni gehörte zu den Inspiratoren und Baumeistern der späteren italienischen Regierung der Linken Mitte. Als Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident bemüht er sich, den italienischen Beitrag zur Einigung Europas zu verstärken und den Ausbau der EWG zu fördern. Der von ihm und dem heutigen Staatspräsidenten Saragat unternommene Versuch, die Spaltung der italienischen Sozialisten vom Jahre 1947 zu überwinden und eine einheitliche Partei des demokratischen Sozialismus in Italien neu zu begründen, scheiterte an den grundsätzlichen Widersprüchen der verschiedenen Richtungen. Sicherlich hat diese Entwicklung mit dazu beigetragen, daß Pietro Nenni sich aus der aktiven italienischen Politik zurückzog.

Der politische Lebensweg des heute achtzigjährigen Pietro Nenni ist nicht ohne Irrungen und Wirrungen geblieben. Doch niemand wird bestreiten, daß ohne ihn das Italien von heute nicht denkbar gewesen wäre.

Eberhard Dingels

(-/ex/8.2.1971/ka)